

TSCHETSCHENIEN

„Wie zu Stalins Zeiten“

Ahmed Sakajew, 49, in London lebender Chef der tschetschenischen Exilregierung, zu den Gerüchten über seine angebliche Rückkehr

SPIEGEL: Der Fall des im Januar in Wien auf offener Straße hingerichteten Umar Israilow hat europaweit großes Aufsehen erregt. Hat eine neue Jagd auf tschetschenische Exilanten begonnen?

Sakajew: Die russische Duma hat 2006 zwei Gesetze verabschiedet. Das eine ermöglicht die Verfolgung aller Regierungskritiker als Terroristen, das andere ihre Liquidierung im Ausland, wie zu Stalins Zeiten. Erstes Opfer wurde Regimegegner Alexander Litwinenko, der hier in London vergiftet wurde.

SPIEGEL: Israilow sollen Killer des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow ermordet haben. Er hatte Kadyrow beim Straßburger Gerichtshof verklagt.

Sakajew: Schon vor Kadyrow wurden Menschen getötet, die es wagten, russische Kriegsverbrechen in Straßburg anzuklagen. Kadyrow ist ein Mann Putins. Ich bin sicher, dass hinter dem Mord der russische Inlandsgeheimdienst FSB steht.

SPIEGEL: Hochrangige tschetschenische Exilpolitiker sind in letzter Zeit nach Grosny zurückgekehrt. Kadyrow behauptet, Sie seien ebenfalls dazu bereit?

Sakajew: Das ist Propaganda, um mich als Exilpremier zu diskreditieren. Meine Rückkehr würde als erfolgreiche Operation des FSB zur Ergreifung eines internationalen Terroristen gefeiert werden.

SPIEGEL: Was halten Sie davon, dass sich der militärische Führer des Widerstands, Dokku Umarow, zum Emir des Nordkaukasus erklärt hat?

Sakajew: Litwinenko, der über Informationen aus dem FSB verfügte, hat kurz vor seiner Ermordung bestätigt: Es gab einen Plan, den Widerstand in eine religiöse Richtung zu drängen. Die Gründung eines Emirats gäbe Russland die Möglichkeit, seine Repressionen auf den gesamten Nordkaukasus auszudehnen.

SPIEGEL: Sie sind Premier eines virtuellen Staates. In Tschetschenien aber festigt Kadyrow seine reale Macht. Welchen Sinn hat Ihr Widerstand noch?

Sakajew: Das Tschetschenien, für das wir kämpfen, ist nicht weniger virtuell als das Frankreich während der deutschen Okkupation. Die Besetzung muss ein Ende haben, Tschetschenien dürfen sich nicht länger gegenseitig umbringen. Es gibt keine gewaltsame Lösung des Konflikts; wir müssen uns versöhnen.



Sakajew

BERTRAND LANGLOIS / AFP



QUIDU NOEL / GAMMA / LAIF

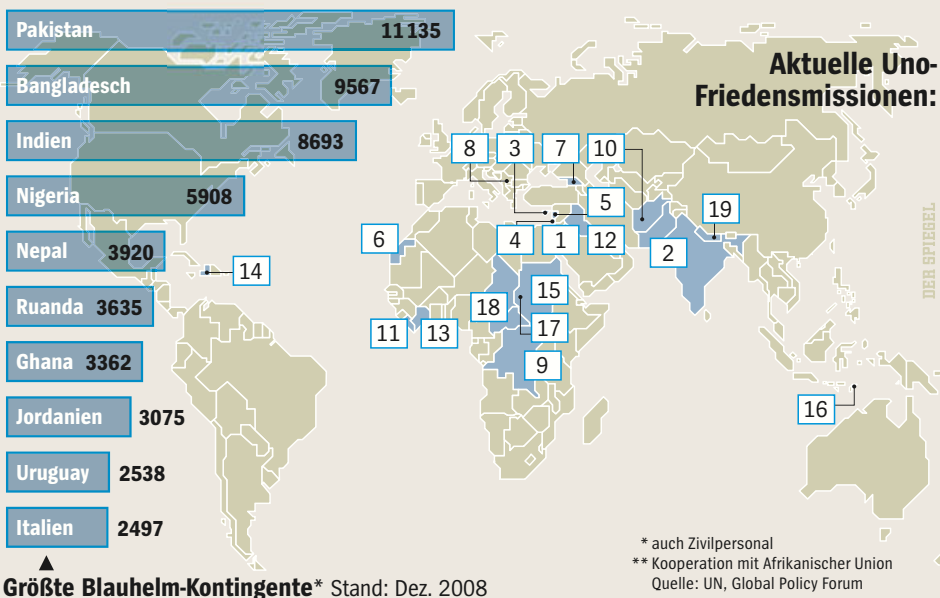
Indische Uno-Truppen im Kongo

VEREINTE NATIONEN

Hilflose Blauhelme

Rund 112 000 Blauhelme und zivile Hilfskräfte sind derzeit in 19 Uno-Friedensmissionen weltweit im Einsatz, das sind so viele wie noch nie. Zugleich wird aber auch die Kritik am Peacekeeping der Weltgemeinschaft immer lauter. Das New Yorker Center for International Cooperation (CIC) sieht das System der multilateralen Friedenssicherung in einer tiefen „Krise“. In seinem neuen Jahresbericht in Zusammenarbeit mit der Uno fordert das CIC die Regierungen dringend zu Konsequenzen auf: „Sonst wird das System der Friedensmissionen scheitern.“ Alain Le Roy, Vize-Generalsekretär und zuständig für die Einsätze, stützt die Kritik. Er verlangt ehr-

liche Antworten auf Fragen, ob etwa die Uno-Friedensmissionen „an den Rand ihrer Möglichkeiten“ gelangt seien. Oder ob es immer häufiger Krisenherde gebe, in denen Blauhelm-Einsätze „einfach nicht der richtige Weg“ zur Konfliktlösung sind. Zu oft sei die Entsendung von Truppen lediglich ein Alibi für das Fehlen politischer Lösungskonzepte. Die Kritik macht sich vor allem an Erfahrungen des vorigen Jahres fest. In Darfur kämpfte die Uno noch immer darum, die nötigen Truppen und Hubschrauber für die Friedensmission zusammenzubekommen, während gleichzeitig Leid und Gewalt immer schrecklichere Ausmaße annähmen, heißt es in der Stu-





Blauhelme im Libanon

REUTERS / ULLSTEIN BILD



Uno-Einsatz in Darfur

STUART PRICE / AFP

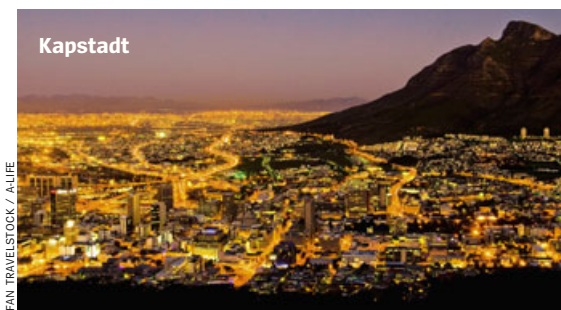
die. Im Kongo habe es oftmals „Karikaturen von nutzlosen Blauhelmen“ gegeben. Und im Libanon hätten die Uno-Truppen nicht verhindern können, dass die Terrororganisation Hisbollah im Machtkampf mit der Beiruter Regierung zur „größten Herausforderung“ erstarkte. Gründe gibt es nach Meinung von Experten viele: fehlende finanzielle Mittel, zu wenig Truppen, vor allem aber die mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung vieler Friedenssoldaten. Die große Mehrheit der Blauhelme wird von Entwicklungsländern gestellt, an der Spitze Pakistan, Bangladesch und Indien. Erst mit wachsendem politischem Interesse engagiert sich der hochgerüstete Westen stärker, dann aber am liebsten mit eigenem Kommando – wie in Afghanistan unter Nato-Befehl oder im Tschad, wo ein europäisches Truppenkontingent unter Uno-Mandat operiert.

EINSATZGEBIET:	BEGINN DER OPERATION:	SOLDATEN/ POLIZISTEN:
1 Naher Osten	1948.....	152
2 Indien und Pakistan.....	1949.....	44
3 Zypern	1964.....	938
4 Israel	1974.....	1088
5 Libanon	1978.....	12 341
6 Westsahara	1991.....	228
7 Georgien.....	1993.....	151
8 Kosovo.....	1999.....	1956
9 Demokratische Rep. Kongo.....	1999.....	18 446
10 Afghanistan.....	2002.....	19
11 Liberia.....	2003.....	13 382
12 Irak	2003.....	229
13 Elfenbeinküste	2004.....	9168
14 Haiti	2004.....	9012
15 Sudan.....	2005.....	9929
16 Osttimor.....	2006.....	1550
17 Darfur**	2007.....	9237
18 Zentralafri. Rep./Tschad.....	2007.....	105
19 Nepal.....	2007.....	141

SÜDAFRIKA Aktion „Komm nach Haus“

Die seit langem beklagte „Flucht der Weißen“ ist offenbar gestoppt. Und nicht nur das, es gibt sogar handfeste Indizien für eine Umkehr des Trends. Viele, nicht nur weiße Südafrikaner, die ihr Land Richtung Europa oder Australien verlassen hatten, kehren ans Kap zurück, stellt die unabhängige Organisation „Homecoming Revolution“ fest. „Wir beobachten ein Nachlassen der Auswanderung und vor allem einen Anstieg bei den Rückkehrern“, sagt Geschäftsführerin Martine Schaffer. Die bekannteste Umzugsspedition des Landes, Elliot International, habe einen zehnprozentigen Rückgang der Auswandererzahlen im zweiten Halbjahr 2008 registriert, der auch von anderen Experten bestätigt wird. Grund für die Trendwende ist nach einer Studie der Unternehmensberater von Ernst & Young die weltweite Finanzkrise. Die habe in Europa und den USA zu größeren wirtschaftlichen Unsicherheiten und Jobverlusten geführt als in Südafrika. Insbesondere eine Umfrage im Mai vorigen Jahres war im Land zum Politikum geworden. Darin hatten 20 Prozent der

Befragten erklärt, ihrer Heimat unter Umständen den Rücken kehren zu wollen. Unternehmer und Wissenschaftler beklagten den zunehmenden „brain drain“. Seit Ende der Apartheid 1994 haben nach Recherchen des South African Institute of Race Relations mehr als 750 000 junge Weiße ihre Heimat verlassen, vor allem wegen der hohen Kriminalität und des wirtschaftlichen Drucks aufgrund der politisch verordneten Beschäftigungsquote für Schwarze. Homecoming Revolution versucht seit einigen Jahren dagegenzusteuern, und offeriert zum Beispiel auf jährlichen Messen in London neue Perspektiven. „Woza ekhaya“ (Komm nach Haus) heißen die Ausstellungen, die Südafrika mit Hilfe der Kompetenz und den Talenten von Heimkehrern „global konkurrenzfähig machen“ sollen.



Kapstadt

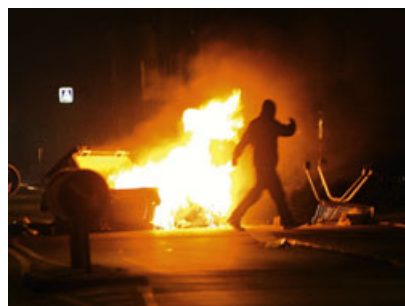
FAN TRAVELSTOCK / A-LIFE

DÄNEMARK Weiß gegen Schwarz

Wenn im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro Sozialhelfer mit „Essen auf Rädern“ zu Senioren unterwegs sind, geht das neuerdings häufig nicht ohne Polizeischutz. In den vergangenen Tagen wurden sie mehrfach von jungen Migranten mit Messern und Schusswaffen bedrängt, bei ihrem Arbeitgeber gingen sogar Todesdrohungen ein. Am Montag voriger Woche mussten deshalb rund 30 Alte ganz auf Essen und Trinken verzichten. Die Übergriffe sind die jüngsten Auswirkungen eines blutigen Bandenkriegs, der das bunte Szene-Viertel laut Polizei inzwischen zu einem „Pulverfass“ macht. Die Rockergruppen „Hells Angels“ und „AK81“ bekämpfen sich mit ausländischen Cliquen, es geht um die Herrschaft über den Drogenmarkt und illegale Prostitution.

Bei über 60 Schießereien und Überfällen gab es bereits vier Tote und etliche Verletzte, darunter mehrere Unbeteiligte. Allein am vorvorigen Wochenende starben zwei junge Männer, einige kamen mit Schussverletzungen ins Krankenhaus. Inzwischen nimmt der Bandenkrieg rassistische und hochpolitische Formen an. Die Rocker stilisieren sich als Helden im Kampf gegen Überfremdung und „Terrorismus der Einwanderer“. Sie vergleichen sich mit dem dänischen Widerstand gegen die deutschen Nazi-Besatzer und ernten Zuspruch in Hunderten von E-Mails. „Ihr seid Dänemarks Jungs“, heißt es darin und: „Haut rein – Ihr habt unsere

Unterstützung“. Junge und eigentlich unbeteiligte Migranten rüsten dagegen in lokalen Selbstschutzgruppen auf und führen Leibesvisitationen auf offener Straße durch. Die Polizei sieht Anzeichen für einen „Rassenkrieg Weiß gegen Schwarz“.



Krawall in Nørrebro

ULLSTEIN BILD